

Policy Paper der Region Subsahara-Afrika



Februar 2010

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

1. Freiheit in Subsahara-Afrika	3
1.1 Demokratie und Demokratiedefizite	4
1.2 Staatlichkeit	4
1.3 Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit	4
1.4 Wahlen/Wahlssysteme	6
2. Wirtschaftliche Entwicklung	9
2.1 Wirtschaftsbeziehung zu China	11
3. Regionale Integration	12
3.1 Wirtschaftliche Integrationsprozesse	13
3.2 Politische Integration	14
3.3 Probleme der Regionalen Integration	15
4. Krisen und Krisenmanagement	16
4.1 Armut und Soziale Sicherung	16
4.2. Inter- und intra-staatliche Kriege und Auseinandersetzungen	17
4.3 HIV /AIDS	19
4.4 Migration in Subsahara-Afrika	20
5. Beziehung zu Deutschland und der EU	21
5.1 Der Koalitionsvertrag von 2009	21
5.2 Die gemeinsame Afrika-EU-Strategie	21

Einleitung



Die Region Subsahara-Afrika umfasst 42 Länder, sechs Inselstaaten und fünf verschiedene Klimazonen und ist mit etwa 24,3 Millionen Quadratkilometern knapp sechsmal so groß ist wie die Europäische Union.

Eine umfassende und differenzierte Darstellung der Vielseitigkeit Subsahara-Afrikas von seiner Kolonial- und Unabhängigkeitsgeschichte bis zu aktuellen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen auf nationaler und lokaler Ebene ist in dem knappen Rahmen eines Hintergrundpapiers kaum möglich. Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der Region im Jahr 2009 werden daher anhand ausgewählter Länderbeispiele dargestellt und die Chancen und Herausforderungen für eine liberale demokratische und stabile wirtschaftliche Entwicklung hervorgehoben.

Der Bericht wird sich mit folgenden Fragen befassen:

- Wie frei ist Subahara-Afrika?
- Welches sind die entscheidenden Demokratiedefizite in der Region?
- Welches sind die aktuellen Entwicklungen in Politik und Wirtschaft in Subsahara-Afrika?
- Welche Bedeutung haben Krisenszenarien für die Region?
- Welche regionalen Integrationsprozesse gibt es?
- Wie ist die Beziehung zu Deutschland und der Europäischen Union zu beschreiben?
- Welches sind unterstützenswerte liberale Ansätze in der Region?

1. Freiheit in Subsahara-Afrika

Die der Freiheit verpflichteten Konzepte Demokratie und Marktwirtschaft werden offiziell in fast allen Staaten Afrikas von der jeweiligen Elite, aber auch der Bevölkerungsmehrheit als erstrebenswerte Ordnungskonzepte anerkannt. Allerdings divergiert das Verständnis von Demokratie und Marktwirtschaft auch innerhalb der verschiedenen Länder, und beide Konzepte sind keineswegs in allen Staaten institutionell verfestigt. Zudem kommt es in der Region verstärkt zu Einschränkungen der Pressefreiheit. Während sich dem Freedom House Index zufolge die Zahl der als „frei“ eingestuften Staaten Afrikas von drei im Jahr 1989 auf zehn Ende 2008 (Benin, Botswana, Cape Verde, Ghana, Lesotho, Mali, Mauritius, Namibia, São Tomé and Príncipe, Südafrika) erhöhte, verzeichneten die politischen und bürgerlichen Freiheiten in Subsahara-Afrika 2009 große Rückschritte: In 15 Ländern nahm die Freiheit ab, in nur vier Ländern nahm sie zu.

Nigeria und Kenia, beides große und einflussreiche Länder, die in der Vergangenheit bedeutende demokratische Entwicklung verzeichnet hatten, rutschten ab, ebenso Botswana, Lesotho, Madagaskar und Mosambik. In Kenia wurden die Verantwortlichen für die Gewalt nach den Wahlen 2007 noch immer nicht zur Rechenschaft gezogen. In Guinea, Niger und Madagaskar kam es zu Staatsstreich, in Guinea massakrierten und vergewaltigten Soldaten friedliche Demonstranten. Nach den positiven Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Übergang von Militärherrschaft zu Demokratie im Jahr 1999 kam es in Nigeria 2009 zu Wahlfälschung, Korruption und religiöser Gewalt. Am wenigsten frei werden in der Region von Freedom House die Länder Eritrea, Gabun und die DR Kongo eingestuft. Positive Entwicklungen hingegen

wurden in Malawi, Burundi, Togo und Simbabwe verzeichnet. Als „frei“ wurden 2009 nur Benin, Botswana, Ghana, Namibia, Mali und Südafrika eingestuft.¹

1.1. Demokratie und Demokratiedefizite

Noch immer ist in entwicklungspolitischen Diskussionen das Argument zu hören, dass Demokratie ein „westliches“ und damit „unafrikanisches“ Konzept sei. Umfragen auf dem afrikanischen Kontinent unterstützen diese Ansicht allerdings nicht. Demokratie gilt weithin als das bevorzugte politische Ordnungskonzept und bedeutet für Afrikaner in erster Linie bürgerliche Freiheiten, insbesondere Meinungsfreiheit, öffentliche Partizipation und politische Rechte.² Obgleich sich die Befragten mehrheitlich für Demokratie aussprechen, scheint die Unterstützung leicht zurückzugehen, wenn die persönliche Erfahrung autoritärer Regime verblasst. Eine sinkende Zustimmung für Demokratie ist auch in jenen Ländern zu erkennen, in denen trotz mehr oder weniger freier und fairer Wahlen ein Regierungswechsel aufgrund der dominanten vormaligen Einheitspartei nicht absehbar ist. Auch in Ländern, in denen Regierungsparteien mit ethnischen Gruppierungen stark deckungsgleich sind, und daher bevölkerungsstarke Ethnien die Regierung stellen oder dominieren, kommt es aufgrund der Aussichtslosigkeit auf einen Regierungswechsel zu einer Desillusionierung weiter Teile der Bevölkerung. Diese sollte allerdings nicht mit einer grundsätzlichen Ablehnung des Konzeptes Demokratie verwechselt werden.

1.2. Staatlichkeit

Liberalen Demokratien setzen eine funktionierende und stabile Staatlichkeit voraus. Dazu zählen ein staatliches Rechtsmonopol, funktionierende Verwaltungsstrukturen und die Besteuerungsfähigkeit der Bevölkerung. Allerdings bedeutet ein staatliches Gewaltmonopol umgekehrt nicht unbedingt Demokratie, sondern kann auch zur Sicherung autokratischer Regime eingesetzt werden. In schwachen Staaten, oder *failed states*³, existiert kein Gewaltmonopol des Staates. Rebellen Gruppen, Privatarmeen und *warlords* stellen die Autorität der Regierung in Frage. Zu den *failed states* zählen in Afrika die DR Kongo, die Zentralafrikanische Republik, der Tschad, Côte d'Ivoire, Sudan und Somalia. Die Privatarmeen und *warlords* dieser Länder finanzieren sich häufig durch erhebliche Mengen strategischer und anderer Rohstoffe. Das Konfliktpotenzial der *failed states* reicht oft über ihre Landesgrenzen hinaus. Die internen kriegerischen Auseinandersetzungen dieser Staaten beeinträchtigen die Sicherheitslage der Nachbarstaaten, sei es durch direkte Kriegseinwirkungen, die Verbreitung von Kleinwaffen oder durch krisenbedingte Flüchtlingsströme. So ist zum Beispiel seit Jahren zu beobachten, dass terroristische Elemente über Somalia die Nachbarstaaten im Horn von Afrika infiltrieren.

1.3. Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit

Rechtsstaatlichkeit setzt die Bindung der geteilten Staatsgewalten an eine in ihren Grundzügen unabänderliche Rechtsordnung – die Verfassung – voraus, um die Bürger vor der Willkür des Staates zu schützen. Die Rechtsstaatlichkeit wird durch unabhängige Gerichte garantiert. Durch den Schutz von Privateigentum und die Sicherung und Durchsetzung von Verträgen ist Rechtsstaatlichkeit auch eine wichtige Voraussetzung für die liberale wirtschaftliche Entwicklung marktwirtschaftlich geprägter Länder. Ein großes Problem in der Region Subsahara-Afrika ist die Divergenz zwischen existierenden Gesetzen und Rechten und deren mangelhafter Umsetzung und Verteidigung. So sind die universellen Menschenrechte in den Verfassungen der meisten Länder Subsahara-Afrikas verankert. Auch existiert eine afrikanische Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker, die von der Afrikanischen Kommission der Menschenrechte und Rechte

¹ Siehe FNF-Hintergrundpapier Nr. 7/2010: Subsahara-Afrika – Tendenz zum Rückgang von Freiheit in 2009, http://www.freiheit.org/webcom/show_article.php/_c-414/_lkm-271/i.html, 22.2.2010.

² Vgl. www.afrobarometer.org/papers/AfrobriefNo1.pdf.

³ Vgl. Foreign Policies, Failed State Index 2008, http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=4350.

der Völker – einer supranationalen Organisation mit Sitz in Banjul, Gambia – geschützt und gefördert werden soll. Dennoch grassieren Menschenrechtsverletzungen vor allem in Krisengebieten wie Somalia, der DR Kongo, aber auch Simbabwe und dem einstigen afrikanischen Musterland Kenia.

Zugang zu unabhängigen Gerichten, selbst wenn diese existieren, ist für die unzureichend gebildete und mittellose Bevölkerung Subsahara-Afrikas ein großes Problem. In zahlreichen afrikanischen Ländern bestehen zudem konkurrierende Rechtssysteme mit religiösen oder ethnischen Grundlagen, gerade in den Bereichen Familien- und Erbrecht, die dem westlichen Rechtsempfinden häufig widersprechen. Diese Rechtssysteme können das Rechtsmonopol des Staates und somit auch die Autorität der gewählten Legislative untergraben.

Eine formale Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative besteht in den meisten afrikanischen Staaten, funktioniert jedoch nur eingeschränkt. Die Exekutive betreffend, sind in Subsahara-Afrika je nach Verfestigung demokratischer Selbstverständnisse sowohl zweckdienliche Professionalität als auch Nepotismus und Kleptokratie zu finden. Gerade die Exekutive benötigt sowohl eine kraftvolle und selbstbewusste Legislative und Judikative als auch gesellschaftliche Korrektive außerhalb staatlicher Strukturen. Faktoren, welche die gesetzgebende und kontrollierende Funktion der Legislative einschränken, sind die mangelhafte Qualifikation von Abgeordneten, fehlende Ressourcen, fehlgeleitetes oder nicht-vorhandenes Selbstverständnis und Selbstbewusstsein der Parlamentarier und die allgemeine Schwäche afrikanischer Oppositionsparteien. Selbst in Südafrika, dem in vielerlei Hinsicht am weitesten entwickelten Land der Region, sind Medienberichten zufolge knapp ein Drittel der Kommunalabgeordneten Analphabeten.⁴

Sowohl fehlende Ressourcenausstattung und Unprofessionalität der Judikative als auch der Sicherheitsorgane (Polizei, Justizvollzugsorgane, etc.) plagen die meisten afrikanischen Staaten. Der Zugang zu unabhängigen Gerichten und das Prinzip, dass vor dem Gesetz alle Bürger eines Landes gleich sind, sind Grundvoraussetzungen für funktionierende Rechtsstaatlichkeit. Wo Korruption und Vetternwirtschaft herrschen, ist es um die Unabhängigkeit der Gerichte meist schlecht bestellt. Der Fall des lange wegen Korruption angeklagten südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma in Südafrika zeigt die mangelnde Unabhängigkeit der *National Prosecution Agency (NPA)* von der Regierung. Zumas Anwälte reichten Dokumente ein, die Ex-Präsident Thabo Mbeki heimliches Zusammenspiel mit der NPA belegten. Anstatt eine separate Anklage gegen Mbeki zu erheben, wurde der Fall Ende März kurz vor den Wahlen fallengelassen.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit fördert den Schutz von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit in der Region durch die Unterstützung des *Southern African Legal Assistance Network (SALAN)*, einem Zusammenschluss von Rechtshilfe- und Menschenrechtsorganisationen aus elf Ländern des südlichen Afrika. Eine Reihe von Aktivitäten mit Parteien und politischen Vorfeldorganisationen, Wirtschaftsverbänden sowie Think Tanks befassen sich ebenfalls mit verschiedenen Aspekten des Rechtsstaates. Ferner berät die Stiftung in ihren Projektländern Parteien und Vorfeldorganisationen in den Bereichen Strategie, Politik, Organisation sowie der Aus- und Fortbildung ihrer Funktions- und Mandatsträger auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene. Besonders erfolgreich war in den vergangenen Jahren die Entwicklung von Curricula und Trainingsmaßnahmen für Kommunalpolitiker. Seit März 2008 wird diese Projektlinie durch ein von der EU gefördertes Projekt zur Erstellung eines Informationsdienstes für kommunale Entscheidungsträger zur gezielten Armutsbekämpfung weiter ausgebaut.

⁴ http://www.news24.com?News24/South_Africa/Politics?0,,2-7-12_2384415,00.html.

1.4. Wahlen/Wahlssysteme

Während die Zahl „elektoraler Demokratien“ in Subsahara-Afrika dem *Freedom House Index* nach 2008 noch bei 22⁵ lag, verloren diesen Status in der Region 2009 Niger, Madagaskar und Mosambik. Noch immer wird die Mehrheit afrikanischer Staaten autoritär regiert, auch wenn in vielen autoritären Staaten die Verhältnisse mittlerweile liberaler sind als in den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit – politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten kommt zunehmend mehr Bedeutung zu. Doch führen Wahlen allein nicht unbedingt zu funktionierenden Demokratien. Parteienwettbewerb und eine starke Opposition sind Voraussetzung für ein System der *checks and balances*.

Ein weiteres Problem ist die häufig mangelhafte Unabhängigkeit der die Wahlen vorbereitenden Institutionen, die weder dem Wahlprozess noch dem Wahlausgang Legitimität verleihen können. Wahlfälschungen – wenngleich nicht immer entscheidend – sind weit verbreitet, beginnen jedoch häufig vor dem Wahltermin (Einteilung der Wahlbezirke, Eintragung in Wählerregister, Zulassung von Parteien etc.). Das wirksame Verhindern von Wahlfälschungen muss lange vor dem Wahltag beginnen. Unabhängige Wahlbeobachter sollten die Freiheit und Fairness politischer Wahlen bestätigen. Außerdem sollte die Legitimität eines Wahlergebnisses durch dessen Akzeptanz durch die Mehrheit der Bevölkerung eines Landes bestätigt werden.

Das Jahr 2009 war ein bedeutendes Wahljahr in Subsahara-Afrika. Die folgenden Wahlen fanden statt:

Südafrika: Im April 2009 fanden Parlaments- und Provinzwahlen statt. Der *African National Congress (ANC)* verpasste mit 65,9% knapp die Zweidrittelmehrheit. Der Stiftungspartner *Democratic Alliance (DA)* konnte seit Ergebnis von 12,37% auf 16,66% verbessern. Die ANC Splitterpartei *Congress of the People (COPE)* erhielt mit 7,42% weniger Stimmen als von vielen Befürwortern erhofft. Bedenkt man jedoch, dass COPE erst im Dezember 2008 gegründet wurde, so ist dieses Ergebnis durchaus beachtenswert. Die Chance, die COPE oder andere ANC Splitterparteien Südafrika bieten, ist eine Entwicklung weg vom *de facto* Einparteiensstaat hin zu echter, durch Parteienwettbewerb gekennzeichnete Demokratie. Auf provinzieller Ebene konnte die DA im Western Cape 51,23% der Stimmen sichern und Parteichefin Helen Zille, bisherige Bürgermeisterin von Kapstadt, wurde Premierministerin der Provinz.

Malawi: Am 19. Mai 2009 wurden allgemeine Wahlen abgehalten. Präsident Bingu wa Mutharika kandidierte für seine Wiederwahl. Sein Hauptherausforderer war John Tembo, Präsident der vormaligen Einheitspartei *Malawi Congress Party (MCP)*. Mutharika wurde mit rund 2/3 der Stimmen im Amt bestätigt. Die 2005 von ihm gegründete *Democratic Progressive Party (DPP)* ist Mitglied der Liberalen Internationalen. Während die Wirtschaftspolitik des Ökonomen als fortschrittlich gelobt wird, kritisierten EU-Beobachter die mangelnde Neutralität der Medien während der Wahlkampfzeit. Die Opposition sprach von Wahlbetrug in Form vom Ausschluss der Wahlbeobachter der Opposition während der Auszählungen. Aus dem Jahresbericht von *Amnesty International* für 2009 geht hervor, dass über 86% der Bevölkerung Malawis nur eingeschränkt Zugang zu Bildungseinrichtungen und Gesundheitsversorgung haben. In Malawis Gefängnissen herrschen katastrophale Bedingungen. Auch geht die Justiz mit aller Härte gegen Homosexualität vor.

⁵ <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=411&year=2008>.

Guinea-Bissau: Nach dem Mord an Präsidenten João Bernardo Vieira im März 2009 wurden am 28. Juni 2009 Präsidentschaftswahlen abgehalten. Da in der ersten Runde kein Kandidat eine eindeutige Mehrheit erzielte, wurde am 26. Juli 2009 eine Stichwahl zwischen Malam Bacai Sanhá von der regierenden *Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde (PAIGC)* und dem Oppositionsführer Kumba Ialá von der *Partido para a Renovação Social (PRS)* abgehalten. Ialá war von Februar 2000 bis zum Militär-coup im September 2003 Präsident Guinea-Bissaus. Offiziell gewann Sanhá die Stichwahl mit einer eindeutigen Mehrheit.

Republik Kongo: Am 12. Juli 2009 fanden Präsidentschaftswahlen in der Republik Kongo statt. Denis Sassou Nguesso, Präsident des Zentralkomitees der *Parti congolais du Travail (PCT)*, wurde offiziell mit 78,61% der Stimmen für weitere sieben Jahre im Amt bestätigt. Nguesso wurde 1979 vom Militär zum Präsidenten ernannt. 1992 verlor er sein Amt kurzzeitig in den ersten Mehrparteienwahlen, erlangte jedoch nach einem kurzen aber blutigen Bürgerkrieg 1997 erneut die Macht. Die Opposition bezichtigt die Regierung des Wahlbetrugs. Sechs Oppositionskandidaten boykottierten die Wahl. Sie warfen der Regierung vor, dass auf den Wahllisten Namen von Bürgern gestanden haben, die nicht wahlberechtigt gewesen seien, sowie Namen von Personen, die gar nicht existierten. Auch der *Congolese Observatory for Human Rights (OCFH)* nannte die Wahllisten „grotesk“. Während 2,2 der 3,6 Millionen Bürger des Kongo offiziell wahlberechtigt waren, liegt die tatsächliche Zahl wahlberechtigter Wähler vermutlich um die 1,6 Millionen. Auch existieren Berichte über die Einschüchterung und Misshandlung von Journalisten im Vorfeld der Wahlen.

Mauretanien: Am 18. Juli 2009 wurden in Mauretanien Präsidentschaftswahlen abgehalten. Mohamed Ould Abdel Aziz, der am 6. August 2008 den *Coup d'Etat* - durch den Präsident Sidi Ould Cheikh Abdallahi abgesetzt wurde - angeführt hatte, gewann dem offiziellen Ergebnis nach im ersten Wahlgang mit knapper Mehrheit. Nach dem Coup hatte die Militärjunta Wahlen für den nächstmöglichen Zeitpunkt angekündigt. Abdel Aziz trat daraufhin im April 2009 als Präsident des Staatsrats zurück um bei der Präsidentschaftswahl antreten zu können. Die Opposition wollte die Wahlen zunächst boykottieren, doch konnte sie durch die Gründung einer Regierung der Nationalen Einheit dazu überredet werden zu partizipieren.

Niger: Am 4. August 2009 wurde ein Verfassungsreferendum abgehalten. Abgestimmt wurde über die Auflösung der fünften Republik und die Gründung der „Sechsten Republik des Niger“. Die am 18. August 2009 verabschiedete Verfassung – offiziell stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 68,3% ganze 92,5% der Wähler der Verfassungsänderung zu – verleiht Präsident Tandja Mamadou absolute Machtbefugnisse. Es existieren keinerlei Mandatsbeschränkung mehr und der Präsident kann über die Besetzung der wichtigsten Ämter – wie die der Verfassungsrichter – entscheiden. Die Oppositionsparteien halten das Referendum nach wie vor für verfassungswidrig und kämpfen für die Fortsetzung der fünften Republik. Am 20. Oktober fanden Parlamentswahlen statt, die jedoch von allen ernstzunehmenden politischen Oppositionsparteien boykottiert wurden. Die Mehrheit der Bevölkerung betrachtete diese Wahlen als Farce. Die sechste Republik beendet ein Jahrzehnt politischer Stabilität im Niger und bedeutet einen herben Rückschlag für die demokratische Entwicklung des Landes.⁶

⁶ Für nähere Informationen, siehe Länderbericht KAS vom 17.12.2009, Robert, David und Anja Caspar, „Präsident Tandja verwandelt Niger in eine Fassadendemokratie“.

Gabun: Nach dem Tod von Präsident Omar Bongo Ondimba, der von 1967 bis 2009 im Amt war, wurden am 30. August 2009 Präsidentschaftswahlen abgehalten. Insgesamt traten 17 Kandidaten zu den Wahlen an; unter ihnen Ali-Ben Bongo, der Sohn Omar Bongos als Kandidat der Regierungspartei *Gabonese Democratic Party (PDG)*, der Oppositionsführer Pierre Mamboundou, der von einer Koalition von Oppositionsparteien unterstützt wurde und André Mba Obame, ehemaliges Mitglied der PDG und unabhängiger Kandidat. Laut dem offiziellen Wahlergebnis gewann Ali-Ben Bongo die Wahlen mit 41,7% der Stimmen. Mba Obame und Mamboundou kamen beide auf ca. 25%. Im Anschluss an die Wahlen kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen.

Botswana: Am 16. Oktober 2009 wurden in Botswana die zehnten allgemeinen Wahlen seit der Unabhängigkeit von 1966 abgehalten. Die *Botswana Democratic Party (BDP)* gewann, wie auch bei den letzten neun Wahlen, die Mehrheit der Sitze und stellt die nächste Regierung. Die Allianz aus der größten Oppositionspartei, der sozialdemokratische *Botswana National Front (BNF)* und der progressive *Botswana Alliance Movement (BAM)* kam auf rund 21% der Stimmen. Als Präsident wurde somit Ian Khama wiedergewählt, der das Präsidentenamt seit April 2008 innehält. Die BDP wurde 1961 von dessen Vater Seretse Khama – der nicht zuletzt wegen seiner kontroversen Eheschließung mit der Britin Ruth Williams weltweite Berühmtheit erlangte – als *Bechuanaland Democratic Party* gegründet. Die Regierung der BDP verhalf Botswana zu beachtlicher wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung. In jüngster Zeit verlor die Partei jedoch wegen der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung und Khama Juniors autoritärem „top-down“-Regierungsstil an Unterstützung.⁷ Auch leidet die Partei in den vergangenen Jahren unter Fraktionierung und internen Machtkämpfen. Für das Jahr 2009 dokumentiert *Freedom House* einen Rückgang politischer Freiheit in Botswana wegen mangelnder Transparenz der Regierung.

Mosambik: Am 28. Oktober 2009 fanden in Mosambik zum vierten Mal seit Beendigung des Bürgerkriegs im Jahr 1992 Präsidentschafts-, Parlaments- und zum ersten Mal Provinzwahlen statt. Amtsinhaber Armando Emilio Guebuza von der *Frente de Libertação de Moçambique (FRELIMO)* gewann die Präsidentschaftswahlen mit einer deutlichen Mehrheit von 75% der gültigen Stimmen. Mit Abstand folgten Afonso Dhlakama, Kandidat der stärksten Oppositionspartei *Resistência Nacional Moçambicana (RENAMO)* mit 16,4% und Daviz Simango von der in diesem Jahr gegründeten Partei *Movimento Democrático de Moçambique (MDM)* mit 8,6%. Es kam zu offensichtlichen Wahlfälschungen, wie einer zu hohen Anzahl von Stimmzetteln in den Wahlurnen. Auch wurde von Unregelmäßigkeiten bei der Zulassung von Kandidatenlisten und einem allgemein unfairen Wahlkampf berichtet. Mosambik verlor daraufhin den Status „elektorale Demokratie“ des *Freedom House Index*. Das Ergebnis hätte vermutlich jedoch auch ohne Fälschungen ähnlich ausgesehen.⁸ Die kleine liberale *Partido para a Paz, Democracia e Desenvolvimento (PDD)* wurde durch eine Strategieberatung von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützt. Sie konnte jedoch nur in drei der 141 Distrikte an den Provinzwahlen teilnehmen.⁹

Namibia: Am 27. und 28. November wurden in Namibia Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abgehalten. Präsident Hifikepunye Pohamba und die Unabhängigkeitspartei *South West Africa People's Organization Party (SWAPO)* erhielten 75% der Stim-

⁷ Africa Confidential, Vol. 50, N.21, 23. October 2009.

⁸ Schwarzbauer, Annette, "Wahlen in Mosambik – Chronik eines angekündigten Wahlsieges", KAS.

⁹ Für nähere Informationen, siehe FNF-Hintergrundpapier Nr.13/2009: Endres, Dr. John, „Mosambik: Opposition im Teufelswind“, http://www.freiheit.org/files/62/Nr._13__Mosambik_Opposition_im_Teufelswind.pdf.

men. Die Splitterpartei *Rally for Democracy and Progress (RDP)* wurde im Vorfeld der Wahlen als der Hauptherausforderer von SWAPO gehandelt. Insgesamt traten 14 Parteien und zwölf Präsidentschaftskandidaten an. Die Wahlen wurden von Beobachtern als frei und fair eingestuft. Allerdings wurde die Wahlkommission *Electoral Commission of Namibia (ECN)* wegen der Verzögerung der Bekanntgabe der Wahlergebnisse kritisiert. Auch kam es zu Unregelmäßigkeiten bei den Wählerlisten, und einer „erstaunlich hohen“ Wahlbeteiligung von über 100% in vielen Distrikten.

Äquatorialguinea: Am 29. November 2009 wurden in Äquatorialguinea Präsidentschaftswahlen abgehalten. Teodoro Obiang Nguema von der *Partido Democrático de Guinea Ecuatorial (PDGE)*, seit 1979 im Amt, wurde mit 95,4% der Stimmen für weiter sieben Jahre im Amt „bestätigt“. Der Oppositionsführer Plácido Micó Abogo von der *Convergencia para la Democracia Social (CPDS)* erhielt 3,6% der Stimmen. Nominell ist Äquatorialguinea, einziger afrikanischer Staat mit spanischer Amtssprache, eine parlamentarische Demokratie. Tatsächlich dominiert jedoch der Präsident das Land auf allen Entscheidungsebenen. Die 1991 eingeführte Verfassung gewährt ihm weitgehende exekutive Befugnisse, er ernennt den Premierminister und die obersten Richter. Die Wahlen waren von Unregelmäßigkeiten, Manipulation der Medien und unfairen Chancen für die Opposition geprägt. Ursprünglich waren die Wahlen für 2010 angesetzt. Mitte Oktober wurden sie jedoch auf November 2009 vorverlegt, vermutlich um die Opposition in ihrem Wahlkampf zu behindern.

Der Verlauf und die Ergebnisse der Wahlen in der Region Subsahara-Afrika im Jahr 2009 verdeutlichen die Kluft zwischen nominellen und realen liberalen Demokratien, sowie die dringende Notwendigkeit die Länder der Region in der Demokratisierung ihrer Wahlprozesse zu unterstützen. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit trägt durch die Ausbildung lokaler Wahlhelfer und -beobachter in einigen afrikanischen Projektländern zur Förderung demokratischer Strukturen bei.

2. Wirtschaftliche Entwicklung

Die weltweite Finanzkrise hat Afrika weniger stark getroffen als zunächst befürchtet. *Africa Confidential* geht davon aus, dass sich die Exporte der Region wegen der steigenden Rohstoffnachfrage aus Asien und der vorsichtigen Erholung westlicher Industriestaaten erstaunlich schnell erholen werden. Mögliche katastrophale Folgen der Krise konnten durch die zügige Reaktion von Regierungen, Zentralbanken und internationalen Kreditinstitutionen abgefedert werden. So verdreifachte der *International Monetary Fund (IMF)* seine Kredite in der Region 2009 insgesamt auf drei Milliarden US-Dollar.¹⁰ Der Fond vergab Kurzzeitkredite für Länder in akuten Krisen wie die Republik Kongo, Äthiopien und Tansania, sowie Langzeitkredite an Länder wie Côte d'Ivoire und Ghana.

Der IMF schätzt, dass das Wirtschaftswachstum der Region 2010 bei etwa 4% (vor einem Jahr lag die Schätzung bei 3,8%) liegen wird. Die Inflation in der Region wird laut IMF wegen der fallenden Preise und Nachfrage

	2007	2008	Proj. 2009	Proj. 2010
Real GDP	6.8	5.4	1.5	3.8
Of which: Oil exporters ¹	8.9	6.9	1.4	4.0
Oil importers	5.8	4.6	1.6	3.6
Real non-oil GDP	7.9	6.3	2.6	4.1
Consumer prices	7.2	11.6	10.5	7.1
Of which: Oil exporters	5.7	10.3	11.5	8.4
Oil importers	7.9	12.2	10.0	6.3
Per capita GDP	4.6	3.1	-0.6	1.6

Sources: IMF, African Department database; and World Economic Outlook database.
¹Consists of Angola, Cameroon, Chad, Republic of Congo, Equatorial Guinea, Gabon, and Nigeria.
 Note: Data as of April 14, 2009. Arithmetic average of data for individual countries, weighted by GDP.

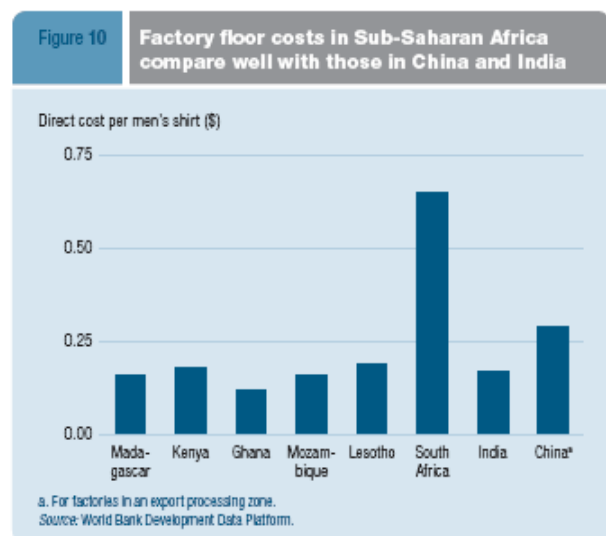
¹⁰ Africa Confidential, Vol. 51, N. 2, 22. Januar 2010.

nach Rohstoffen von 9% in 2009 auf 6,5% in 2010 fallen. Der IMF war zunächst besorgt, dass die Auswirkungen der Krise die Armutsbekämpfung in der Region erheblich zurückwerfen würden. Die Nachfrage nach afrikanischen Exporten und die meisten Rohstoffpreise sind tatsächlich stark gesunken und der Rückgang an weltweiter Risikofreude und Krediten bremsen ausländische Investitionen. Auch die Remissionszahlungen an Afrika sind im Zuge der Krise gesunken.

Die weltweite Kreditkrise wird vor allem Länder mit mittlerem Einkommen wie Südafrika und *frontier markets* wie Ghana, Kenia, Nigeria und Tansania weiterhin negativ beeinflussen. Dennoch ist die IMF Afrika Direktorin Antoinette Sayeh optimistisch. Sie sieht die wirtschaftliche Situation Afrikas zu Beginn der Krise als weitaus stabiler als zu Beginn vorangegangener Krisen 1975 und 1982. In der Vergangenheit sei Afrika später als andere Regionen von Krisen betroffen gewesen, aber habe auch länger für erneuten Aufschwung gebraucht. Diesmal seien die wirtschaftlichen „Schockauswirkungen“ der Krise unmittelbarer eingetroffen, was für eine bessere Integration Afrikas in die globalen Finanz- und Handelsmärkte spreche.¹¹ Die Finanzkrise stellt Politiker vor eine große Herausforderung. Nach den vorangegangenen Jahren stabilen Wachstums, sehen sie sich nun gesunkener externer Nachfrage, extremen Schwankungen im Handelsvolumen und verschärften finanziellen Einschränkungen gegenüber. Es bleibt zu hoffen, dass Fortschritte in Richtung wichtiger Ziele wie tragbare Staatsverschuldung, geringere Inflation, Liberalisierungsprozesse und strukturelle Reformen erhalten und weiter verfolgt werden können.

Auch unabhängig von der Krise werden die meisten Länder Subsahara-Afrikas bei der wirtschaftlichen Transformation zur Marktwirtschaft vom *Bertelsmann Transformations Index* als eingeschränkt, stark eingeschränkt oder gar gescheitert eingestuft. Dazu zählen im Projektgebiet der Stiftung die Länder Senegal, Kenia und Simbabwe. Zwar verzeichnete die Mehrheit der Staaten in Subsahara-Afrika in den letzten fünf Jahren hohes wirtschaftliches Wachstum von durchschnittlich 5%, niedrige Inflation sowie sinkende Haushalts- und Handelsdefizite. Dieses Wachstum war jedoch in erster Linie von Primärgüterexporten abhängig. Die geringe Diversifizierung afrikanischer Exporte, anhaltende Abhängigkeiten von externer Finanzierung, schwache Institutionen, fehlende Rechtsstaatlichkeit und mangelhafte Infrastruktur bieten keine solide Basis für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum.

Noch immer sind viele Ökonomien in der Region von Primärgüterproduktion, durchschnittlich relativ niedriger Produktivität der Landwirtschaft und einem großen informellen Sektor geprägt, von dem gegenwärtig keine Wachstumsimpulse ausgehen. In den meisten Ländern wird mehr auf den Import von Konsumgütern gesetzt als auf den Aufbau eigener Verarbeitungsindustrien. In Burkina Faso, dem größten Baumwollproduzenten in Subsahara-Afrika wird so z. B. die Baumwolle kaum verarbeitet sondern vorwiegend exportiert, was die Entwicklung des BIP stark an den Weltmarktpreis für Baumwolle bindet.¹² Es fehlen ein vorteilhaftes Investitionsklima, der Ausbau der Infrastruktur, Investitionen in das Humankapi-



¹¹ Sharing in the Global Upturn—Better Prospects for Africa, Poster on September 8, 2009 by iMFDirect. <http://blog-imfdirect.imf.org/category/multilateral-cooperation/>.

¹² Vgl. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2008/CAR022508B.htm>.

tal und eine verlässliche Wirtschaftspolitik.¹³

Als positiv zu verzeichnen gilt, das zeigen Studien der Weltbank, dass effizient geführte afrikanischer Unternehmen im Bereich der Herstellungskosten im Wettbewerbsvergleich mit den Schwellenländern Indien und China konkurrieren können. Die Weltbank zeigt dabei auf, dass

Table 4 Impact of unreliable infrastructure services on the productive sector

Service problem	Sub-Saharan Africa	Developing countries
<i>Electricity</i>		
Delay in obtaining electricity connection (days)	79.9	27.5
Electrical outages (days per year)	90.9	28.7
Value of lost output due to electrical outages (percent of turnover)	6.1	4.4
Firms maintaining own generation equipment (percent of total)	47.5	31.8
<i>Telecommunications</i>		
Delay in obtaining telephone line (days)	96.6	43.0
Telephone outages (days per year)	28.1	9.1

Note: Data for Sub-Saharan Africa are for 6 countries; data for developing countries are for 55 countries. Source: World Bank Investment Climate Assessments.

Ghana beispielsweise im Textilbereich weit unterhalb der Kosten Indiens operiert. Dieser Vorteil wird allerdings durch hohe Fixkosten aufgehoben. Wettbewerbsnachteile erwachsen insbesondere aus Infrastrukturmängeln. Die auf S. 10 unten rechts stehende Übersicht¹⁴ des Weltbankberichts über afrikanische Entwicklungsindikatoren bezieht sich auf Sonderproduktionszonen (*export processing zones*), die in der Regel von einer Vielzahl von Abga-

ben befreit sind und in denen häufig Infrastruktur günstig zur Verfügung gestellt wird. Die Tabelle zeigt, dass – bei entsprechenden Rahmenbedingungen – in Afrika durchaus wettbewerbsfähig produziert werden kann. Die Tabelle 4¹⁵ desselben Berichts veranschaulicht einige Infrastrukturmängel in Subsahara-Afrika, die wirtschaftliche Produktivität der Region erheblich beeinträchtigen.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt bei der Zusammenarbeit mit ausgewählten Think-Tanks, Unternehmerverbänden und Managementtrainingsinstitutionen in der Region auf die Identifizierung und die Beseitigung marktwirtschaftlicher Hemmnisse, die Sicherung von Privateigentum und die Förderung privater Initiative.

2.1. Wirtschaftsbeziehung zu China

Die zunehmende Bedeutung Chinas für die Region, primär auf wirtschaftlicher und zunehmend auf politischer Ebene, ist nicht zu unterschätzen. So löste China Deutschland 2007 als wichtigsten Handelspartner Südafrikas ab. 2008 begannen die beiden Länder einen „strategischen Dialog“ zu führen. In Südafrika sieht China einen Zugang zum Rest des Kontinents. Für sein immenses Wachstum benötigt China Rohstoffe. Aus dem Sudan, Tschad, Nigeria, der Republik Kongo und Angola importiert China Öl, aus Ghana, Gabun, der DR Kongo, Sambia und Südafrika in erster Linie Erze und Metalle. Das Handelsvolumen zwischen Afrika und China wuchs zwischen 1995 und 2007 um 25%. China umwirbt Afrika jedoch nicht nur wegen seiner Rohstoffe. Ähnlich wie in Südamerika, verfolgt China dabei eine gezielt aufeinander abgestimmte Politik, die sich auf Handel, Investitionen, Entwicklungs- und Militärhilfe sowie Schuldenerlass stützt.

So strich China im Oktober 2009 die wachsenden Schulden von 32 afrikanischen Staaten. Am 8. November wurde die vierte Ministerkonferenz des Kooperationsforums China-Afrika in Sharm el-Sheikh, Ägypten eröffnet. Fast monatlich finden *Top-Level-Meetings* zwischen chinesischen und afrikanischen Regierungsabgeordneten statt. Als China 2006 zum „Afrika-Jahr“ erklärte und 48 afrikanische Staaten empfing, unter ihnen 17 Regierungschefs, ging man in Europa davon aus, dass es sich hier um ein gesteigertes Interesse an Afrikas Öl und Mineralreserven handelte. Vermutlich gehen Chinas wirtschaftliche Ambitionen jedoch weiter darüber hinaus. Während der

¹³ Kappel, Robert und Marie Müller, „Breites Wirtschaftswachstum in Afrika – die große Wende?“, GIGA Focus, 6, 2007.

¹⁴ World Bank (2008): Africa Development Indicators 2007.

¹⁵ ebd.

Großteil der Welt Afrika immer noch als „Warenkorb“ begreift, denkt China voraus und versucht sich eine dominante Position in Afrikas potentiell großen Kosummärkten zu sichern.

Laut dem Autor des Buches *Africa Rising*, Vijay Mahajan, gehören 50 bis 150 Millionen Afrikaner den wirtschaftlichen Eliten ihrer Länder an und verfügen über ähnliche Kaufkraft wie die europäische Mittelklasse. 350 bis 500 Millionen Menschen zählt er zu den aufstrebenden afrikanischen Klassen. Während sich der Westen auf die untere Hälfte der afrikanischen Bevölkerung konzentrierte, die in massiver Armut lebt, konzentrierte sich China auf die andere Hälfte der Afrikaner, die schon bald zunehmend T-Shirts, Schuhe und Fahrräder *Made in China* tragen werde.¹⁶ Schon heute importieren afrikanische Staaten aus China vor allem Textilien und Kleidung, Maschinen, Transport Equipment und Schuhe.¹⁷

Es kommt zunehmend zu einer stärkeren Einmischung Chinas in die inneren Angelegenheiten seiner afrikanischen „Handelspartner“. Problematisch ist, dass der Handel mit und die *no-strings-attached* Entwicklungshilfe von China an keinerlei an Rechtsstaatlichkeit gebundene Bedingungen geknüpft sind und eher kontraproduktiv für die Entwicklung freier demokratischer Marktwirtschaften sein können. Das von Südafrika gegen den zu einer Friedenskonferenz eingeladenen Dalai Lama ausgesprochene Einreiseverbot 2009 z.B. ist auf die wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China zurückzuführen. Das Einreiseverbot führte unter Menschenrechtsaktivisten international für Aufsehen.

Auch die wirtschaftlichen Unternehmungen und der einhergehende Einfluss der anderen BRIC Staaten Brasilien, Russland und Indien in der Region sind nicht zu unterschätzen. So wuchs Brasiliens jährlicher Handel mit der Region (vor allem mit Angola und Mosambik) von 3,2 Milliarden US-Dollar im Jahr 2000 auf 26,3 Milliarden US-Dollar im Jahr 2009.¹⁸

3. Regionale Integration

Warum stellt stärkere regionale Integration vor allem auf wirtschaftlicher Ebene aus liberaler Sicht einen unterstützenswerten Entwicklungsansatz für Afrika dar? Die liberale Ratio für regionale Integration liegt wirtschaftlich im Zugang zu größeren Märkten als Anreiz für und Unterstützung von Massenproduktion und Industrialisierung. Die historisch willkürlich gezogenen Grenzen in Afrika resultierten in vielen Fällen in sehr kleinen Ländern mit einer zu geringen Bevölkerung für eine Industrialisierung großen Stils¹⁹. Die überwiegend kleinen und fragmentierten Märkte des Kontinents können *ökonomische Skaleneffekte* nur bei effizienter Ressourcenallokation erreichen. Daher gilt es den intra-regionalen Handel zu stärken und die Wirtschaft der Region zu diversifizieren. Auf politischer Ebene ist die Stärkung regionaler Zusammenschlüsse bedeutend, wenn es um deren Gewicht bei der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und dem Einhalten internationaler Abkommen auf nationaler Ebene geht. Zudem gilt regionale Integration auch als eine Strategie um Afrikas schwache Position in der Weltwirtschaft und der internationalen Politik zu stärken.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützt auf regionaler Ebene das *African Liberal Network (ALN)*, einen Zusammenschluss von 24 liberalen Regierungs- und Oppositions-

¹⁶ <http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,1934868,00.html#ixzz0dI9LRSfn>.

¹⁷ <http://www.tradeinvestsa.co.za/news-687543.htm.org>.

¹⁸ Africa Confidential, Vol. 51, N.2, 22 Januars 2010.

¹⁹ John Akokpari, „Dilemmas of Regional Integration and Development in Africa“, in Akokpari (et. al) *The African Union and its Institutions*, Fanele, 2008.

parteien, die *Organisation of Liberal Youth (OALY)* und das *Southern African Legal Assistance Network (SALAN)*.

3.1. Wirtschaftliche Integrationsprozesse

Die Region lässt sich grob in die vier geographischen Gebiete Ost-, West-, Zentral- und südliches Afrika unterteilen. Nach der Unabhängigkeit afrikanischer Staaten kam es zu einer frühen Welle regionaler Integrationsversuche, die jedoch in ihrer Mehrzahl wirkungslos blieben. Die heute bedeutendsten wirtschaftlichen Zusammenschlüsse sind:



Die *Economic Community of West African States (ECOWAS)* wurde bereits 1975 gegründet, konnte jedoch nur eine sehr schleppende Entwicklung hin zum Ziel eines unabhängigen wirtschaftlichen Kollektivs verzeichnen. 2001 wurde der *ECOWAS Fond* in die *ECOWAS Bank for Investment and Development* umgewandelt. Die heutigen Mitgliedstaaten sind Benin, Burkina Faso, Cape Verde, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea-Bissau, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone und Togo. Guinea wurde nach dem *Coup d'Etat* 2008 bis zu den nächsten demokratischen Wahlen suspendiert. Erfolge kann ECOWAS heute vor allem in den Bereichen Freizügigkeit, regionale Fiskalpolitik und Kommunikation verzeichnen.



In Zentralafrika bilden Angola, Äquatorial Guinea, Burundi, Camerun, Gabun, die Republik Kongo, die DR Kongo, São Tomé und Príncipe, der Tschad und die Zentralafrikanische Republik die 1983 gegründete *Economic Community of Central African States (ECCAS)*. Die Ziele der Union sind harmonische Kooperation, wirtschaftliche Stabilität, Erhöhung des Lebensstandards, kollektive Autonomie und ein gemeinsamer zentralafrikanischer Markt. Die EU gewährt finanzielle Unterstützung für den *Council for Peace and Security in Central Africa (COPAX)*, der Verantwortung für die Sicherheit der Region übernehmen soll. Die Hauptherausforderungen für ECCAS sind die widersprüchlichen Loyalitäten der Mitgliedstaaten.



Im Osten bilden Tansania, Kenia, Uganda, Ruanda und Burundi die *East African Community (EAC)*, die erst 1999 gegründet wurde und seit 2005 als Zollgemeinschaft existiert. Während Erfolge im Zollabbau, der Harmonisierung wirtschaftlicher Standards und kommunaler und regionaler Gesetzgebung zu verzeichnen sind,²⁰ ist ein Hauptkonflikt die Furcht Tansanias - flächenmäßig der größte Mitgliedsstaat - vor *de facto* Landübernahmen durch die Nachbarländer bei fortschreitender Integration.²¹



Das erfolgreichste Beispiel eines regionalen wirtschaftlichen Blocks ist die *South African Development Community (SADC)* mit den Mitgliedstaaten Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Swaziland, Tansania, Sambia, Simbabwe, Namibia, Südafrika, Mauritius, die DR Kongo und den Seychellen. Madagaskar wurde wegen dem versuchten *Coup d'Etat* von Andry Rajoelina im März 2009 vorläufig suspendiert. Die Ziele von SADC sind sozio-ökonomische Kooperation, Integration, und politische und sicherheitspolitische Kooperation. Der starke Kern SADCs bildet die *Southern African Customs Union (SACU)* mit den Mitgliedsta-

²⁰ <http://www.eac.int/about-eac/achievements.html>.

²¹ www.theeastafri.cn.co.ke/news/-/view/printVersion/-/u09tya/-/index.html.

ten Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika und Swaziland. SACU wurde als eine der ältesten Zollunionen 1910 gegründet. Nach OECD Kriterien ist SACU die einzige Region in Subsahara-Afrika, die als „entwickelt“ gilt. Aber auch SADC ist ein erfolgreicher wirtschaftlicher Zusammenschluss, der vor allem von der vielfältigen Produktion seiner Mitgliedstaaten profitiert: während Südafrika ein industrialisierter Staat ist, exportiert Botswana Vieh, Rindfleisch und Diamanten, Angola Öl, Sambia Kupfer und Simbabwe Tabak.

Im Horn von Afrika (Eritrea, Dschibuti, Äthiopien, Somalia) gibt es bisher keinerlei wirtschaftliche Zusammenschlüsse. Die Region ist nach wie vor vom Bürgerkrieg in Somalia, von Konflikten zwischen Eritrea, Äthiopien und Dschibuti geprägt. Die vorwiegend landwirtschaftliche Region wurde in der Vergangenheit regelmäßig von Klimakatastrophen und daraus resultierenden Hungersnöten heimgesucht. In den letzten Jahren erregt die Region, vor allem Somalia, als Brückenkopf islamistischen Terrorismus internationale Aufmerksamkeit.

Auf kontinentaler Ebene kam es am 22. Oktober 2008 zum wirtschaftlichen Zusammenschluss von SADC, der EAC und dem *Common Market for Eastern and Southern Africa (COMESA)* - einem Zusammenschluss von 19 Staaten, der sich von Libyen bis Simbabwe erstreckt - zur *Africa Free Trade Zone (AFTZ)*. Die Mitgliedsstaaten der AFTZ sind Angola, Ägypten, Äthiopien, Botswana,



Burundi, Dschibuti, Eritrea, Kenia, die Komoren, die DR Kongo, Lesotho, Libyen, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Ruanda, Sambia, die Seychellen, Simbabwe, Sudan, Südafrika, Swaziland, Tansania und Uganda. AFTZ ist eine Freihandelszone, die 26 Länder und ein BIP von ca. 624 Billionen US-Dollar²² umfasst. Ziel der AFTZ ist es zu mehr wirtschaftlichem Wachstum in der Region zu führen und der Region mehr Gewicht in internationalen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu verleihen.

Die Gründung der *African Free Trade Zone* ist in sofern ein historischer Moment, als dass sich erstmals verschiedene ökonomische Blocks zusammengeschlossen haben, um eine tiefer gehende wirtschaftliche Integration auf dem afrikanischen Kontinent zu erreichen. Panafrikanische Träume von britischen Imperialisten wie Cecil Rhodes zu afrikanischen Unabhängigkeitspolitikern wie Kwame Nkruma scheinen in Erfüllung zu gehen. Doch wird es der AFTZ gelingen tatsächlich eine afrikanischen Freihandelszone zu kreieren oder handelt es sich vielmehr um eine weitere afrikanische *Feel-good-Organization* mit hochgesteckten Zielen aber wenig wirkungsvollen Resultaten?

3.2. Politische Integration



Die 2002 als Nachfolgeorganisation der *Organization for African Unity (OAU)* gegründete *African Union (AU)* mit Sitz in Addis Ababa bemüht sich über bloße Rhetorik hinaus Gestaltungskraft auf dem Kontinent zu gewinnen. Dies soll durch den *African Peer Review Mechanism (APRM)*, einem weltweit einmaligen Unterfangen die Regierungsführung afrikanischer Staaten qualitativ zu beurteilen, sowie durch den Aufbau eines funktionsfähigen Systems kollektiver Sicherheit geschehen.²³ Beim Versagen des Gewaltmonopols eines afrikanischen Staates sollen diese

Funktionen von einer internationalen afrikanischen Einsatztruppe übernommen werden. Diese Truppen sind jedoch bisher ohne massive extra-afrikanische Unterstützung (Finanzen, Logistik

²² <http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/7684903.stm>.

²³ Der seit 2004 aus 15 Mitgliedern bestehende Friedens- und Sicherheitsrat der AU (gewählt durch die Konferenz der Staats- und Regierungschefs) hat ein eingeschränktes Interventionsrecht bei Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit; zudem verfügt er über die Kompetenz, Einsatztruppen zu bilden, die in Konfliktregionen entsandt werden können. Der erste Einsatz von AU-Truppen erfolgte 2003 in Burundi.

etc.) kaum handlungsfähig. Im März 2008 kam es zu einem militärischen Einsatz der AU auf den Komoren. In Somalia wurden von 8000 geplanten Friedenstruppen nur knapp die Hälfte stationiert.²⁴ Die Mission der AU im Sudan musste Ende 2007 in eine UN-Mission umgewandelt werden, da die AU nicht über die notwendigen finanziellen Mittel und Ausrüstung zum Unterhalt der Mission verfügte.

Die nominellen Organe der AU erinnern stark an den Aufbau der EU. Neben der Unionsversammlung (Regierungschefs und deren Vertreter) als oberstes Organ, dem Exekutivrat (von den Mitgliedstaaten designierte Minister), der Kommission (acht Kommissare zuständig für verschiedene Portfolios), dem ständigen Vertretungsausschuss, dem Frieden- und Sicherheitsrat, dem Wirtschafts-, Sozial- und Kulturrat, dem Gerichtshof, und dem Panafrikanisches Parlament, existieren noch sieben spezielle Ausschüsse für Technik sowie die drei Finanzinstitutionen: Afrikanische Zentralbank, Afrikanischer Währungsfonds und Afrikanische Investmentbank. Der Generalversammlung ist die Errichtung weiterer Organe vorbehalten. Ende Januar 2010 wählten die 53 Mitgliedsstaaten der AU den malawischen Präsidenten Bingu wa Mutharika zum neuen Unionspräsidenten und beendeten somit die Bestrebung Libyens Präsidenten Moammar Gadhafi ein weiteres Jahr im Amt zu verbleiben.

Africa Confidential zu Folge bietet das Panafrikanische Parlament im Gegensatz zur oft als *dictators' trade union* verspotteten AU einem breiterem Spektrum von Politikern, Interessen und Sichtweisen Raum. Das Parlament setzt sich aus 256 Abgeordneten – wo vorhanden auch Oppositionsabgeordneten – zusammen, die die Legislative der 53 AU-Mitgliedsstaaten entsenden. Ursprünglich war ein Organ mit voller legislativer Gewalt vorgesehen, dessen Abgeordneten durch allgemeines Wahlrecht in der AU ganz ähnlich der Abgeordneten des EP hätten gewählt werden sollen. Bisher konzentriert sich das Panafrikanische Parlament jedoch auf Themen, die die Souveränität der Mitgliedsstaaten in keiner Form in Frage stellen, wie Transport, Pässe und Handel. Bei einer Bewertung der Glaubwürdigkeit des Parlaments gilt zu bedenken, dass viele afrikanische Regime die AU unterstützen, aber ihren Bürgern im eigenen Land nicht einmal fundamentale Freiheiten gewähren.²⁵

3.3. Probleme der Regionalen Integration

Obgleich es zahlreiche wirtschaftliche Zusammenschlüsse in Subsahara-Afrika gibt und sowohl die AU als auch die 2001 gegründete *New Partnership for Africa's Development (NEPAD)* regionale Integration als ein Hauptziel verfolgen, stoßen diese unterstützenswerten Anläufe auf erhebliche Hindernisse. Nationale politische Herausforderungen wie steigende Inflations- und Arbeitslosigkeitsraten lenken die Aufmerksamkeit der politischen Eliten von regionalen Projekten ab. In der Regel bevorzugen Regierungen kurzfristige nationale statt langfristige regionale Entwicklungsprogramme. Regionale Projekte können nur wenig politische Verbindlichkeit erzwingen. Es ist nahe liegend, dass die Regierung eines Landes, in dem kein *good governance* herrscht, auch regionale *good governance* Empfehlungen nicht sonderlich ernst nimmt. Die erkämpfte nationale Souveränität nach der Unabhängigkeit ist in vielen Ländern noch relativ frisch und politische Eliten möchten sich nicht regionalen Institutionen unterordnen müssen. Regionale Integration ohne Machtübergabe an supranationale Institutionen ist jedoch nicht möglich.

Eines der offensichtlichsten Probleme der neu gegründeten *African Free Trade Zone* ist die miteinander konkurrierende Mitgliedschaft in verschiedenen wirtschaftlichen Blocks vieler ihrer Mitglieder. Mitgliedschaften in verschiedenen regionalen Integrationsprozessen überfordern die Ressourcen und schwachen Institutionen der betroffenen Länder und verfolgen oft widersprüchliche Ziele. Dies macht klare Verbindlichkeiten unmöglich. Tansania, z.B. ist Mitglied in SADC,

²⁴ Busse, Nikolas, „Somalia ist nicht vergessen“, FAZ, 23.04.2009.

²⁵ *Africa Confidential*, Vol. 50, N.12, 12. June 2009.

COMESA, und der EAC. Auch kommt es innerhalb der Zusammenschlüsse zu Konflikten was das *benefit and burden sharing* angeht. Die anderen Mitglieder von SADC and EAC werfen Südafrika und Kenia vor überproportional zu profitieren. Tatsächlich locken diese beiden Länder durch fortgeschrittene Infrastruktur und Industrialisierung mehr Investitionen als die Partnerstaaten an. Ein weiteres strukturelles Problem ist die wenig diversifizierte Wirtschaft vieler afrikanischer Regionen. Vor allem landwirtschaftlich geprägte Länder können keinen Handel miteinander betreiben, wenn sie dieselben Güter produzieren und um dieselben externen Abnehmer konkurrieren. Dieses Dilemma ist bezüglich der Kakaoproduktion in Westafrika und der Kaffeeproduktion in Kenia, Tansania und Uganda zu beobachten.

Schwache regionale Institutionen und Infrastrukturen sind ein Hindernis für wirtschaftliche und politische Integration. Die Immigrations- und Importpolitik ist in vielen Ländern von Diskriminierung, Korruption und Widersprüchlichkeit gekennzeichnet. So ist es für Europäer weniger schwierig ein Visum für Namibia zu erhalten als für Nigerianer und es ist einfacher ein Auto aus Belgien nach Burundi zu importieren als aus Südafrika.²⁶ Die kontinentale Infrastruktur in Kommunikation-, Straßen- und Transportsystemen ist nach wie vor mangelhaft. Es ist teurer von Johannesburg nach Lagos zu fliegen als nach London, obgleich Lagos auf halber Strecke liegt. Jedoch gibt es einige Erfolge im Bereich der gemeinsam genutzten Infrastruktur (z.B. *Trans-Kalahari-Highway* vom Indischen Ozean zum Atlantik) und dem Energiehandel (Westafrika und südliches Afrika). Als ein beachtliches Projekt lässt sich hier insbesondere *der North-South-Corridor* nennen, ein Projekt zur Energiesicherung und Senkung der internationalen Handelskosten für Mitglieder von COMESA, EAC und SADC.

Letztendlich ist eine Kette immer nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Piraterie, Flüchtlingsströme, und terroristische Elemente aus Somalia betreffen auch die benachbarten Staaten. Der Grenzkonflikt zwischen Dschibuti und Eritrea, in dem es im Juni 2008 noch zu Gefechten kam, lässt am Realismus einer gemeinsamen Zollunion im Rahmen der AFTZ zweifeln. Der ungenutzte Ressourcenreichtum des Kongo könnte für die wirtschaftliche Entwicklung der Region sehr wertvoll sein, jedoch nicht ohne politische Stabilität. Der Erfahrung nach ist die Fähigkeit der bestehenden Zusammenschlüsse durch wirtschaftliche Maßnahmen Druck auf Mitgliedstaaten auszuüben ernüchternd. Auch war SADC nicht in der Lage die Situation in Simbabwe durch Sanktionen einzudämmen. Vor allem unter dem südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki wurde eine Strategie „stiller Diplomatie“ verfolgt. Politische und wirtschaftliche Integrations- und Reformprozesse in Afrika stoßen weiterhin auf erhebliche strukturelle Hindernisse wie unklare Loyalitäten bezüglich der Vielzahl regionaler Bündnisse, aber auch mangelhafte Staatlichkeit, ungenügende Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien, Infrastrukturdefizite, mangelnde Schul- und berufliche Ausbildung sowie Massenarmut mit ihren Begleiterscheinungen.

4. Krisen und Krisenmanagement

4.1. Armut und Soziale Sicherung

Obwohl der prozentuelle Anteil von Armen in Subsahara-Afrika von 55,7% in 1990 auf 50,3% in 2005 gesunken ist, lebt noch immer die Hälfte der Bevölkerung in extremer Armut (von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag). Wegen des Bevölkerungswachstums ist die absolute Zahl von Armen in diesem Zeitraum sogar um 100 Millionen Menschen gewachsen.²⁷ Obgleich sich über einen längeren Zeitraum verbesserte soziale Grundleistungen (Schulbildung, Gesundheitsversorgung,

²⁶ John Akokpari, „Dilemmas of Regional Integration and Development in Africa“, in Akokpari (et. al) *The African Union and its Institutions*, Fanele, 2008.

²⁷ <http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/Sub-Saharan Africa.pdf>.

Trinkwasserzugang etc.) in der Region erkennen lassen, liegen von den insgesamt 177 durch den *Human Development Index*²⁸ bewerteten Ländern der Erde 30 der 32 Staaten mit den schlechtesten Werten in Afrika. Mit Vorsicht positiv zu bewerten ist, dass regelmäßiger Grundschulbesuch in der Region von 1991 bis 2000 von 54% auf 58% und dann bis 2006 auf 71% gestiegen ist.²⁹ Jedoch sagen diese quantitativen Daten nichts über die Qualität des Unterrichts aus.

Die formalen sozialen Sicherungssysteme in Entwicklungsländern bieten im Wesentlichen Inselösungen für privilegierte Gruppen, belasten die Staatskassen erheblich, leiden unter mangelnder Beitragsdisziplin und stehen häufig vor dem Bankrott.³⁰ Dies trifft insbesondere auf Afrika zu. Die Mehrheit der Bevölkerung – Erwerbstätige im informellen Sektor, Unter- und Unbeschäftigte – sind durch die staatlichen oder privaten Sicherungssystemen gegen Krankheit, Arbeitsunfähigkeit oder Altersarmut, die in zahlreichen afrikanischen Ländern bestehen, nicht geschützt. Die informellen sozialen Sicherungssysteme, die vormals innerhalb von Familien oder Gemeinden bestanden, erodieren durch die zunehmende Urbanisierung, wenn die junge erwerbstätige Generation in die Städte zieht und kein regelmäßiger Kontakt oder Geldtransfer nach Hause besteht.

In Ghana enthält das aktuelle Budget Vorkehrungen für eine Unterstützung aller Armen. Die Finanzierung eines solchen Vorhabens ist jedoch fraglich. In Südafrika existiert Sozialhilfe in Form von Arbeitslosen- und Kindergeld und einer staatlichen Rente. Doch können staatlich finanzierte soziale Sicherungssysteme für Subsahara-Afrika langfristig eine Lösung der Armutsbekämpfung darstellen? Bevor andere afrikanische Staaten den Weg staatlicher sozialer Sicherungssysteme einschlagen, die auch in Europa kaum noch bezahlbar sind, bieten sich hier Ansatzpunkte für die Entwicklung liberaler Lösungskonzepte.

4.2. Inter- und intra-staatliche Kriege und Auseinandersetzungen

Die große Mehrheit der kriegerischen Auseinandersetzungen in Subsahara-Afrika ist nicht inter- sondern intra-staatlicher Natur. Das Fehlen eines funktionierenden staatlichen Gewaltmonopols ist in den schwachen Staaten Subsahara-Afrikas ein wesentliches Strukturmerkmal.³¹ Nicht-staatliche Gewaltakteure wie Rebellengruppen oder *warlords* terrorisieren in vielen dieser Staaten die Bevölkerung – oftmals mit der Duldung oder sogar der Unterstützung staatlicher Autoritäten. Nicht selten verlagern diese Gruppen ihre kriegerischen Auseinandersetzungen in grenznahe Gebiete von Nachbarstaaten und gefährden so nicht nur die interne Sicherheit des betroffenen Landes, sondern die der gesamten Region.

Private Sicherheitsdienstleister treten häufig als Substitut fehlender staatlicher Sicherheitskräfte auf, sowohl beim Schutz öffentlicher als auch privater Einrichtungen, Unternehmen und Wohnhäuser. Die Grenze zwischen staatlichen und nichtstaatlichen, legitimen und illegitimen Gewaltakteuren ist nicht immer eindeutig erkennbar und kann wie im Fall des Sudans (Darfur-Konflikt) genutzt werden, um die Verantwortung des Regimes für schwerste Menschenrechtsverletzungen zu kaschieren. Der völlige Zusammenbruch staatlicher Strukturen (etwa in Somalia) durch interne Auseinandersetzungen und Bürgerkriege bleibt auch auf dem afrikanischen Kontinent die Ausnahme.

DR Kongo: Die aktuelle Situation in der DR Kongo ist anhaltend verheerend. Im Nordkivo plündern und desertieren unbezahlte, hungrige Soldaten und arbeiten mit ihren Antagonisten in der *Forces démocratiques de libération du Rwanda (FDLR)* zusammen, die ungebrochen und gut or-

²⁸ Human Development Index (2005).

²⁹ <http://www.un.org/millenniumgoals/pdf/Sub-Saharan Africa.pdf>.

³⁰ Joachim Betz: Staatlichkeit in Entwicklungsländern: Versachlichung tut Not, in GIGA Focus Nummer 2, 2007.

³¹ Vgl. Heidelberger Institut für Konfliktforschung (2006) Konfliktbarometer 2005.

ganisiert Land und Bergbau kontrolliert, Abgaben eintreibt und Steuern erhebt. Seit vielen Jahren gibt es in der DR Kongo keine funktionierenden Sozial- und Basisdienste. Beamte, Lehrer, Zöllner, Ärzte und Krankenpfleger – sie alle finanzieren sich direkt aus den Taschen der Bürger. NGOs nehmen staatliche Aufgaben wie etwa die Verteilung von Nahrungsmitteln oder die Organisation des Bildungs- und Gesundheitswesens wahr. Die DR Kongo ist noch immer ein fragiles Mischsystem, ein Staat mit formal-demokratischen Regeln aber autoritären Strukturen. Das Gewaltmonopol des Staates besteht in weiten Landesteilen nur auf dem Papier und der Übergang zur konsolidierten Mehrparteiendemokratie hat noch nicht stattgefunden. Der Friedensprozess befindet sich in einer Sackgasse und die Regierung ist eine virtuelle Gewalt, der Mittel und Wille fehlen, ihr Gewaltmonopol durch den Aufbau einer einheitlichen nationalen Verwaltung und Armee landesweit durchzusetzen. Wegen der vielen gescheiterten Hilfsversuche stellt sich international allmählich eine gewisse *Congo fatigue* ein. 2011 sollen die nächsten Präsidentschafts-, Parlaments-, und lokalen Wahlen stattfinden.

Guinea: Transparency International zufolge ist Guinea nach Somalia und neben dem Sudan und dem Tschad eines der korruptesten Länder in Afrika. Bis zum *Coup d'Etat* im Dezember 2008 wurde Guinea von der *Parti de l'Unité et du Progrès (PUP)* dominiert. Nach dem Tod von General Lansana Conté (Präsident von 1984–2008) nahm die Militärjunta *Conseil National de la Démocratie et du Développement (CNDD)* unter Moussa Dadis Camara die Macht an sich. Zunächst wurden Korruptionsbekämpfung, wirtschaftliche Reformen und Präsidentschaftswahlen für Dezember 2010 angekündigt. Auf internationalen Druck wurden die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auf 2009 vorverlegt, fanden jedoch nicht statt. Am 28. September 2009 kam es in Conakry zu einem Blutbad durch die Militärregierung. Ungefähr 50 000 Menschen demonstrierten in der Hauptstadt gegen die Militärführung des Landes. Sicherheitskräfte schossen nach Augenzeugenberichten auf die Menschen, mindestens 157 kamen ums Leben. Am 3. Dezember 2009 wurde Camara bei einem Feuergefecht schwer verletzt und zur Behandlung nach Marokko ausgeflogen. Die Amtsgeschäfte überließ er seinem Vize, General Sékouba Konaté. Innerhalb der kommenden sechs Monate sollen Präsidentschaftswahlen abgehalten werden. Konaté hat in den vergangenen Wochen Gespräche mit der Opposition aufgenommen und ihr zugesichert, den Ministerpräsidenten stellen zu können.

Kenia: Ende 2007 kam es nach Wahlfälschung und unterschiedlicher Interpretation der Präsidentschaftswahlergebnisse zu blutigen Aufständen und politisch motivierter ethnischer Gewalt. Die Zeit nach den Wahlen war von Gewalt und gesetzlicher Straflosigkeit gekennzeichnet. 2008 kam es zur großen Koalition zwischen Präsident Mwai Kibakis *Party of National Unity (PNU)* und Raila Odingas *Orange Democratic Movement (ODM)*. 2009 kam es nach wie vor zu außergerichtlichen Tötungen, vor allem im Kampf der Regierung gegen die religiös-politische kriminelle Gruppierung Mungiki. Gleichzeitig wird vermutet, dass die Regierung Mungiki für Rachemorde rekrutiert. Die Mungiki selbst rekrutieren unter 20 Millionen Kenianern, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben und den fünf Millionen jungen Arbeitlosen: eine tickende Zeitbombe.³² Eine unabhängige Kommission unter Richter Philip Waki erstellte erfolgreich einen Bericht über die Ursachen der Gewaltwelle Anfang 2009 und forderte rechtsstaatliche Reformen. Der Bericht fand internationale Unterstützung.

Madagaskar: Nach landesweiten Ausschreitungen trat im März 2009 der Präsident Marc Ravalomanana zurück und der ehemalige Bürgermeister der Hauptstadt Antananarivo, Andry Rajoelina, übernahm den Vorsitz der Übergangsregierung eines Militärkollegiums. Die EU und Deutsch-

³² Africa Confidential, Vol. 50, N.6, 20 March 2009.

land verurteilten den gewalttätigen Regimewechsel, die AU sprach von einem „versuchten *Coup d'Etat*“ und forderte Wahlen innerhalb der nächsten sechs Monate um Sanktionen zu umgehen.

Simbabwe: Nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im März 2008 kam es zu Unruhen und brutaler Unterdrückung durch Robert Mugabe und seiner *Zimbabwe African National Union – Patriotic Front (ZANU-PF)*. Während der desolaten humanitären Situation Ende 2008 wurde eine Regierung der Nationalen Einheit beschlossen und Tsvangirai von der *Movement for Democratic Change (MDC)* im Februar 2009 als Premierminister vereidigt. Die *de facto*-Dollarisierung hat die Wirtschaft etwas stabilisiert. Grundnahrungsmittel kehren langsam in die Supermarktregale zurück, aber nur wenige können sie sich leisten.³³ Das *World Food Programm (WFP)* wird im Februar 2010 5,1 Millionen Simbabweer mit Lebensmitteln unterstützen. Gegenwärtig befinden sich 3–4 Millionen (von rund 12 Millionen) Simbabweern im Ausland, überwiegend in Südafrika. Die Enteignung von Farmern im Rahmen der anhaltenden simbabwischen „Landreform“ wird fortgeführt, zunehmend wird dazu das Militär eingesetzt. Auch werden nicht nur die weißen Farmer verjagt, sondern auch ihre schwarzen Farmarbeiter in weit größerem Ausmaß gequält und gezwungen die Farmen zu verlassen.³⁴ Im Jahr 2000 gab es in Simbabwe noch 4.500 kommerzielle Farmen, im Januar 2010 waren es noch 300. Der verfassungsgebende Prozess – Grundstein der Regierung der Nationalen Einheit – geht nur sehr schleppend voran.

Sudan: Aus der politischen Krise in Khartoum, die durch den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes gegen Präsident Omer Hassan Ahmed el Beshir erzeugt wurde, geht die oppositionelle *Justice and Equality Movement (JEM)* gestärkt hervor. Der ICC klagte el Beshir als ersten Regierungschef wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an, aber entschied, dass die Beweislage für eine Anklage für Genozid nicht ausreichte. Das Regime in Khartoum wies das Urteil des ICC scharf zurück und wirft der UN und Hilfsorganisationen unter anderem das Produzieren gefälschten Beweismaterials für Menschenrechtsverletzungen, Hinterziehung von Entwicklungshilfe, Kindesentführung, Evangelisierung, Spionage und Waffenhandel vor.³⁵ Auch die Afrikanische Union, sowie die Liga Arabischer Staaten, China und Russland lehnen das Urteil ab. 2010 ist El Bashir Kandidat in den ersten Mehrparteienwahlen im Sudan seit zehn Jahren. Sein größter Rivale ist Vizepräsident Salva Kiir Mayardit, Anführer der *Sudan People's Liberation Army (SPLA)*.

Somalia: Die radikal islamistische Gruppe *Shabaab* mit mutmaßlichen Kontakten zu Al-Qaida, ist ein entscheidender Machtfaktor und lässt Somalia zunehmend als Brückenkopf islamistischen Terrorismus in Erscheinung treten.

4.3. HIV /AIDS

Die HIV/AIDS-Pandemie ist und bleibt eines der größten Probleme Afrikas und wird zunehmend nicht nur als technisches, sondern auch als eine wertebezogenes Problem diskutiert, was auch auf die kontroverse Papstreise im Frühjahr 2009 zurückzuführen ist. Als positives Beispiel für die erfolgreiche Eindämmung von HIV durch die Einbeziehung aller relevanten sozialen Gruppen und Kampagnen zur Änderung des Sexualverhaltens der Bevölkerung gilt Uganda.³⁶ Durch Schnelltests, Vermarktung von Kondomen, Selbstbehandlungskits für Infizierte und Bildungsprogramme³⁷, konnte die Übertragungsrate hier auf 4% gesenkt werden – eine der niedrigsten Raten in

³³ Africa Confidential, Vol. 50, N.7, 3 April 2009.

³⁴ The Commercial Farmers' Union of Zimbabwe ISSUED BY: CFU President Deon Theron 21 Januars 2010.

³⁵ Africa Confidential, Vol. 50, N.6, 20 March 2009.

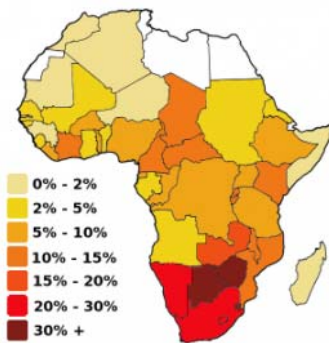
³⁶ Vg. http://www.bpb.de/themen/5VV3TA,0,0,Im_Kampf_gegen_HIVAids.html.

³⁷ Vg. <http://www.who.int/inf-new/aids2.htm>.

Afrika.³⁸ Das Uganda-Modell wird mittlerweile auch von Oppositionspolitikern in Südafrika als *best practice* in der Bekämpfung der Immunschwächekrankheit angesehen.³⁹

Der Kampf gegen das Virus bleibt jedoch schwierig, solange Regierungschefs wie der südafrikanische Präsident Jacob Zuma staatliche *saver sex* Kampagnen durch ihr persönliches Verhalten untergraben. Noch im Dezember hatte Zuma die südafrikanischen Bürger dazu aufgefordert,

⁴⁰ sich freiwillig einem Aidsstest zu unterziehen und „Kondome zu benutzen, und zwar immer“⁴¹. Im Januar 2010 kam es zu einer kontroversen öffentlichen Debatte wegen der Bekanntmachung der Geburt des 20ten Kindes des Präsidenten, Produkt einer außerehelichen Affäre mit der Tochter des Vorsitzenden des Fußballweltmeisterschaftsorganisationskomitees. Zuma ist als be-kennender Polygamist mit drei Frauen verheiratet. Ironischerweise startete die *ANC Youth League* zeitgleich zu der Mediendebatte ihre *“One boyfriend, one girlfriend”*-Kampagne im Kampf gegen HIV.



4.4. Migration in Subsahara-Afrika

Vor allem das südliche Afrika hat eine lange Geschichte intra-regionaler Arbeitsmigration, sowohl legaler (vor allem in südafrikanischen Minen und im Manufakturbereich), als auch nicht dokumentierte Art (Farmarbeiter, Straßenhändler, Hausangestellte). Ein Überangebot an Arbeitskräften in Ländern wie Malawi, Mosambik, Lesotho, Swaziland und Simbabwe führt schon seit über einem Jahrhundert zu Arbeitsmigration nach Südafrika, die vor allem auf große Einkommensunterschiede zwischen den betroffenen Ländern zurückzuführen ist. Nach dem Ende des Apartheidsystems nahm die Immigration aus Nachbarländern, wie auch aus weiter nördlich gelegenen Krisengebieten in Südafrika erheblich zu. Aber auch zwischen den anderen Ländern der Region nimmt Migration durch grenzüberschreitenden formellen und informellen Handel stetig zu.

Wirtschaftliche und politische Krisen und Auseinandersetzungen in der Region führen zu steigenden Zahlen von *IDPs (Internally Displaced Persons)* und internationalen Flüchtlingen. Sambia zum Beispiel beherbergt viele Flüchtlinge aus der DR Kongo. Die politische und wirtschaftliche Krise Simbawwes hat zu einem Exodus von Millionen – hauptsächlich nach Südafrika – geführt. Interne und internationale Flüchtlingsströme betreffen sowohl die Sicherheit der Flüchtlinge erzeugenden als auch der aufnehmenden Länder. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) spricht davon, dass der Anstieg von Menschenschmuggel und Menschenhandel – zur Ausbeutung der Opfer in Prostitution, Minenarbeit, Landwirtschaft, und Hausarbeit – ebenfalls besorgniserregend sei.

Die extra-regionale Emigration stellt für die Region insbesondere insofern ein Problem dar, als dass eine steigende Anzahl gut ausgebildeter Afrikaner, vor allem im Gesundheitssektor, Anstellung in entwickelten Ländern sucht. Für die oft ohnehin durch Ressourcenmangel und die HIV-Krise in Mitleidenschaft gezogenen Gesundheitssysteme der Region ist dieser *brain drain* nur schwer zu verkraften.

³⁸ Vgl. <http://www.welt.de/politik/article3457599/Der-Papst-die-Kondome-und-das-Beispiel-Uganda.html>.

³⁹ Vgl. <http://www.politicsweb.co.za/politicsweb/view/politicsweb/en/page71639?oid=123388&tsn=Detail>.

⁴⁰ Quelle der Abbildung: http://hpd.de/files/imagecache/article_picture/Africa_HIV-AIDS_300px.png.

⁴¹ <http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~EFEBF744028124201A0F831636D4BE42F~ATpl~Ecommon~Scontent.html>.

5. Beziehung zu Deutschland und der EU

5.1. Der deutsche Koalitionsvertrag von 2009

Aus dem Koalitionsvertrag von 2009 zwischen CDU, CSU und FDP geht bezüglich der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) hervor, dass ihr Ziel die Bekämpfung von Armut und Strukturdefiziten im Sinne der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen ist. Hierbei sollen die Stärkung guter Regierungsführung, der Eigenverantwortung und der Selbsthilfekräfte der Entwicklungsländer ein zentrales Bestimmungselement sein. Schlüsselsektoren für die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) werden gute Regierungsführung, Bildung/Ausbildung, Gesundheit, ländliche Entwicklung, Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit (Ausbau/Schutz des Privatsektors, z.B. Mikrofinanzsystemen und Infrastrukturförderung) sein. Auch die Transformationsprozesse in fragilen und zerfallenden Staaten sollen ausgewählt gefördert werden. Bei der Bereitstellung von Hilfe werden die Kriterien gute Regierungsführung, Bedürftigkeit, Gefahrenquellen und strategische Partnerschaft eine bedeutende Rolle spielen. Es soll eine engere Anbindung der Entwicklungszusammenarbeit an die Außen- und Außenwirtschaftspolitik erfolgen. Auch sollen die EZ-Instrumente - ganz im liberalen Sinne - möglichst zu marktnahen Konditionen schrittweise gegen Entgelt angeboten werden.

Für Afrika strebt der Koalitionsvertrag ein „neues ressortübergreifendes Afrika-Konzept an, das den sicherheitspolitischen, gesellschaftlichen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen ebenso Rechnung trägt wie den großen Entwicklungspotentialen“ der Region. Ziel ist eine möglichst selbst tragende Entwicklung. Im Rahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union will sich die Bundesregierung für Friedensinitiativen einsetzen und setzt dabei für eine dauerhafte Stabilisierung des Kontinents auf eine starke Afrikanische Union als wichtigen Baustein afrikanischer Eigenverantwortung. Die Bundesregierung plant auf der Grundlage der Afrika-Strategie der EU gezielte Beiträge hierzu zu leisten. Bei der Implementierung dieser Vorhaben soll den politischen Stiftungen eine herausragende Rolle zukommen.

5.2. Die gemeinsame Afrika-EU-Strategie

Die Europäische Union und die Afrikanische Union beschlossen beim EU-Afrika Gipfel in Lissabon im Dezember 2007 die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie, die die Bedürfnisse und Interessen sowohl der Afrikaner als auch der Europäer, basierend auf gegenseitigem Respekt, gemeinsamen Interessen und dem Prinzip des „ownership“, in der künftigen (strategischen) Partnerschaft der beiden regionalen Zusammenschlüsse berücksichtigen soll. Diese Partnerschaft soll über bloße EZ hinausgehen und den Dialog für Themen eröffnen, die von gemeinsamem Interesse sind. Auch sollen nicht nur afrikanische Angelegenheiten, sondern auch europäische Angelegenheiten von globalem Interesse diskutiert werden und eine für alle „machbare“ Globalisierung angestrebt werden. Afrika soll durch die EU in der Entwicklung regionaler und kontinentaler Lösungen unterstützt werden. In beiden Regionen soll die Zivilbevölkerung gestärkt werden.

Der erste *Action Plan* (2008–2010) zwischen der AU und der EU nennt acht Partnerschaftsgebiete:

1. Frieden und Sicherheit
2. Demokratie und Menschenrechte
3. Handel, Regionale Integration und Infrastruktur
4. Millennium-Entwicklungsziele
5. Energie
6. Klimawandel
7. Migration, Mobilität und Beschäftigung
8. Wissenschaft, Informationsgesellschaften und Weltraum

Ein Fortschrittsbericht soll beim nächsten Afrika-EU-Gipfel 2010 in Libyen vorgelegt werden. Der Implementierungsprozess wird ferner alle sechs Monate von einer ministeriellen Troika betreut. Bei der Implementierung der Strategie sind viele verschiedene Akteure involviert: die Kommission der Afrikanischen Union, die afrikanischen Mitgliedstaaten, die ständige Vertretung der AU in Brüssel, das Panafrikanische Parlament, die regionalen Wirtschaftszusammenschlüsse, die Europäische Kommission, der Europäische Rat, die EU Mitgliedsstaaten, die EU Delegation in der AU, das Europäische Parlament, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und die Zivilbevölkerung beider Regionen. Die Herausforderungen erfolgreicher interner und externer Koordinierung liegen auf der Hand.⁴² Finanziert wird die gemeinsame Strategie durch Europäische Fonds und Instrumente sowie die thematischen Programme. Die Kosten sollen von 2008 bis 2013 etwa fünf Milliarden Euro jährlich betragen.

Africa Confidential kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die Afrikabbeauftragten der am 17. November 2009 neu besetzten Europäischen Kommission aus Ländern stammen, die wenig oder keinerlei Bindung zur Region vorweisen, so die neue Kommissarin für Internationale Kooperation, Humanitäre Hilfe und Krisenprävention Rumiana Jeleva aus Belgien. Der Think-Tank stellt sich die Frage, ob dies ein Abflauen des Interesses an Afrika der ehemaligen Kolonialmächte Belgien, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien widerspiegelt.⁴³ An anderer Stelle hebt der Think Tank jedoch auch das anhaltende oder neu aufflammende Interesse an Afrika, z.B. Frankreichs unter Sarkozy hervor. Die deutsche SWP spricht sogar von einer Konkurrenz verschiedener EU-Staaten (Frankreich und Großbritannien) bei ihrem Engagement in der Region.

⁴² http://www.africa-eu-partnership.org/pdf/eas2007_joint_strategy_en.pdf.

⁴³ *Africa Confidential*, Vol. 50, N.24, 04 December 2009.

Impressum:

Herausgeber: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und Internationale Politikanalyse
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam
Tel.: +49(0)331.7019.117
Fax: +49(0)331.7019.55.117
E-Mail: politikanalyse@freiheit.org

Autor: Hubertus von Welck,
Regionalbüroleiter Afrika
Feline Freier, Regional
Programme Officer